

Niederschrift

RAT/IX/50

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 12.09.2019 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph Bürgermeister

Die Ratsmitglieder

Branse, Martin
Deitert, Frederik
Eilmann, Dirk
Eimers, Alfred
Fehmer, Alexandra
Fleige-Völker, Josefa
Förster, Richard
Gövert, Hermann-Josef
Isfort, Mechthild
Kreutzfeldt, Brigitte
Kreutzfeldt, Klaus-Peter Fraktionsvorsitzender SPD
Lembeck, Guido
Lethmate, Frederik Maximilian
Mensing, Hartwig Fraktionsvorsitzender WIR
Rahsing, Ewald
Reints, Hermann
Schubert, Franz ab 19.38 Uhr anwesend
Schulze Baek, Franz-Josef
Söller, Hubertus
Steindorf, Ralf Fraktionsvorsitzender CDU
Tendahl, Ludgerus
Weber, Winfried Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

Von der Verwaltung

Kortüm, Herbert Stabsstelle
Nürnberg, Anna Kämmerin
Heitz, Marco Schriftführer

Als Gast zu TOP 6 ö.S.

Günther, Matthias Dipl.- Eduard-Pestel-Institut
Ökonom

Es fehlen entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Espelkott, Tobias
Fedder, Ralf
Hemker, Leo
Wigger, Bernhard

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:50 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Gottheil begrüßt die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Herrn Seyock von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 02. September 2019 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (1. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

2 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

2.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Änderung von § 13 Abs. 4 der Entwässerungssatzung der Gemeinde Rosendahl - Herr Weber

Fraktionsvorsitzender Weber geht auf den am 10.09.2019 eingereichten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Änderung der Entwässerungssatzung der Gemeinde Rosendahl ein. Er spricht den Wunsch aus, dass in der heutigen Sitzung des Rates über den Antrag dahingehend beschlossen werde, dass dieser an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss verwiesen und am 19. September 2019 in dessen nächster Sitzung behandelt werde. Aufgrund verwaltungsseitiger Fristsetzung einzelnen Bauherren gegenüber, aktuelle nicht satzungskonforme Anschlüsse satzungskonform zu gestalten, solle baldigst entschieden werden, eine Änderung der Entwässerungssatzung der Gemeinde Rosendahl herbeizuführen. Notfalls solle den betroffenen Bauherren bis zu einer Entscheidung über die begehrte Satzungsänderung ein zeitlicher Aufschub gewährt werden, dies auch im Hinblick auf die entstehenden Kosten.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über die Kontrollschachtänderung auf die Tagesordnung für die Sitzung des Rates am 02. Oktober genommen werde und dort eine Verweisung an den Ver- und Entsorgungsschuss erfolgen könne. Aufgrund einzuhaltender Fristen könne der Antrag heute nicht behandelt werden, dies auch vor dem Hintergrund, dass über die bekannte Thematik schon ausführlich diskutiert worden sei.

Ratsmitglied Branse sieht in dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion keine Dringlichkeit gegeben und entsprechend müsse sich formal richtig bei der Behandlung des Antrages verhalten werden.

Fraktionsvorsitzender Steindorf geht auf die Allzuständigkeit des Rates ein und führt aus, dass auch laufende Geschäfte der Verwaltung durch den Rat beraten und behandelt werden können.

Bürgermeister Gottheil geht auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion ein und erläutert diesen in groben Zügen insbesondere für Ratsmitglieder und Zuhörer, denen das Antragsschreiben bislang nicht vorgelegt werden konnte.

Fraktionsvorsitzender Weber macht deutlich, dass den Bauherren per Satzung vorgegeben werde, welche Kontrollschächte einzubauen seien und dies nur durch eine Änderung der Entwässerungssatzung der Gemeinde Rosendahl geändert werden könne.

Bürgermeister Gottheil stellt abschließend klar, dass der Antrag für die Sitzung des Rates am 02. Oktober vorgesehen werde und dort eine Verweisung an den Ver- und Entsorgungsausschuss als zuständigem Fachausschuss erfolgen könne.

Fraktionsvorsitzender Weber möchte wissen, ob den betroffenen Bauherren eine Fristverlängerung gewährt werden könne.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass eine Fristverlängerung erfolgen könne.

2.2 Baumaßnahme Radweg Midlicher Straße in Osterwick - Herr Schulze Baek

Ratsmitglied Schulze Baek geht auf die Baumaßnahme Radweg Midlicher Straße in Osterwick ein und möchte wissen, ob schon Bescheide zu Straßenausbaubeiträgen versandt worden seien oder diese noch zurückgehalten werden können, bis im Zuge der seitens der Landesregierung NRW beabsichtigten Änderung des Kommunalabgabengesetzes neue gesetzliche Vorgaben zu der Abrechnung der Beiträge vorliegen.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass als Voraussetzung für die Erstellung von Straßenausbaubeitragsbescheiden eine Endabrechnung der Leistungen durch die Bau ausführenden Firmen vorliegen müsse. Dieser Zustand sei noch nicht gegeben und entsprechend seien auch verwaltungsseitig noch keine Bescheide versendet worden. Die erste Lesung im Gesetzgebungsverfahren zu den Straßenausbaubeiträgen im Landtag NRW sei nach seinem Kenntnisstand bereits erfolgt. Ein Gesetzesänderungsentwurf könne nach dem Wortlaut des Gesetzesentwurfs auch auf laufende Verfahren angewandt werden und es könnten somit auch im Vergleich zur heutigen Regelung reduzierte Anliegerbeiträge gefordert werden. Das Land NRW habe in Aussicht gestellt, mittels eines Haushaltsansatzes für das Jahr 2019 in Höhe von 65 Millionen Euro für den etwaigen Einnahmeausfall bei den Kommunen einzustehen und diesen zu ersetzen.

2.3 Absackung an Kanaldeckeln an der Höpinger Straße in Darfeld - Herr Mensing

Fraktionsvorsitzender Mensing weist darauf hin, dass an der Höpinger Straße in Darfeld Absackungen an den Kanaldeckeln vorhanden seien.

Bürgermeister Gottheil bestätigt, dass die Absackungen bekannt seien und durch zeitnahe Reparatur durch eine Fachfirma Abhilfe geschaffen werde.

2.4 Einsatz von Bundesmitteln für Telekommunikationszwecke - Herr Mensing

Fraktionsvorsitzender Mensing geht auf die Bundesmittel für den Einsatz für den Breitband-, den Glasfaserausbau und die Netzabdeckung ein. Seines Erachtens sollen die vorhandenen Mittel für eine Netzabdeckung genutzt werden.

Bürgermeister Gottheil bestätigt, dass ein Förderantrag über 50.000 € für planerische Leistungen für den Glasfaserausbau gestellt worden sei. Eine Mittelbewilligung sei auch erfolgt. Diese Mittel seien aufgrund des eigenwirtschaftlichen Ausbaus durch die Dt. Glasfaser in den Ortslagen sowie den Gewerbegebieten in Osterwick und Holtwick (seinerzeit noch Fa. Bornet) sowie die Muenet zusammen mit dem hohen Eigenleistungsanteil der Anwohner im Außenbereich nicht für diesen Zweck verwendet worden. Stattdessen seien die Fördergelder im Rahmen eines gemeinsamen Projektes mit weiteren kreisangehörigen Kommunen u.a. für eine Ist-Analyse über den vorhandenen Mobilfunk in Rosendahl eingesetzt worden. Es müsse nun geschaut werden, wie schwach abgedeckte Räume und auch Bauernschaften eingebunden und abgedeckt werden können. Hierfür sei eine Kooperation mit bzw. eine Federführung der wfc für eine Entwicklung im gesamten Kreisgebiet von Nöten, um den großen Telekommunikationsdienstleistern gegenüber überhaupt Wirkung zu entfalten.

2.5 Radweg an der L580 von Osterwick nach Billerbeck - Herr Lethmate

Ratsmitglied Lethmate möchte den Sachstand zu dem Radweg an der L580 von Osterwick nach Billerbeck wissen.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass die Maßnahme lt. Rückmeldung von Straßen.NRW in einem vor der Sommerpause geführten Arbeitsgespräch in der Prioritätenliste nach oben gestiegen sei und es zunächst erforderlich sei, dass Bäume gefällt werden müssen. Eine Realisierung des Radweges im kommenden Jahr 2020 erscheine aktuell möglich.

2.6 Umgestaltung der B474/Ortseingang Holtwick - Herr Weber

Fraktionsvorsitzender Weber möchte wissen, wie der Sachstand zu der Umgestaltung der B474/Ortsdurchfahrt Holtwick (Geh- und Radweg, Baumsituation) sei.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass durch die Straßenbäume eine Gefahr für die Ortsdurchfahrt ausgehe, diese bestehe insbesondere für Fußgänger und Radfahrer, die den Bürgersteig nutzen. Es seien auf Veranlassung von Straßen.NRW kürzlich Vermessungsarbeiten durchgeführt worden. Durch das Büro nts aus Münster werden aktuell Vorschläge für eine Neukonzeption erarbeitet. Nach inhaltlicher Betrachtung sollen relevante Ideen und Vorschläge möglichst in der Novembersitzung 2019 des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vorgestellt werden.

2.7 Bearbeitung von Baugenehmigungen durch den Kreis Coesfeld - Herr Mensing

Fraktionsvorsitzender Mensing macht deutlich, dass Baurecht in der Gemeinde Rosendahl schnell geschafft werden solle. Bei der Bearbeitung der Bauanträge nehme sich der Kreis Coesfeld als Genehmigungsbehörde aber viel Zeit. Er wünsche sich, dass die Verwaltung bei der Kreisbehörde bezüglich der Dauer bei der Bearbeitung von Baugenehmigungen nachfragen und um zügigere Bearbeitung ersuchen solle.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass in der Abteilung 63 des Kreises Coesfeld eine große Personalfuktuation herrsche. Die Verwaltung habe bei verschiedenen Projekten in Einzelfällen schon bei dem Kreis bezüglich der Bearbeitungsdauern vorgesprochen. Es könne wohl der Wunsch für eine schnelle Bearbeitung von Baugenehmigungen vorgetragen werden. Auch seitens der Verwaltung bestehe bisweilen eine große Unzufriedenheit bzgl. der Bearbeitungsdauer von Bauanträgen.

3 Bericht aus anderen Gremien

Berichtsbedarf liegt nicht vor.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Kämmerin Nürnberg berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Rates vom 04. Juli 2019.

Der Bericht wird ohne Wortmeldung zur Kenntnis genommen.

5 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 Gescho

Bürgermeister Gottheil fragt, ob es Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 04. Juli 2019 gibt.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Rates RAT/IX/49 vom 04. Juli 2019 wird hiermit formal genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

6 Vorstellung der Ergebnisse der Fortschreibung der Pestel-Studie durch Herrn Günther vom Pestel-Institut

Bürgermeister Gottheil geht zunächst allgemein auf die Ausgangssituation ein und gibt Informationen zum Wohnungsbau und zur Verfügbarkeit von Wohnraum in Rosendahl. Im Rahmen der „Wohnraumoffensive Münsterland“ sei durch das Pestel-Institut eine Fortschreibung früherer Erkenntnisse erfolgt. Heute solle die Vorstellung der entsprechenden Ergebnisse für Rosendahl erfolgen.

Bürgermeister Gottheil begrüßt Herrn Matthias Günther vom Eduard-Pestel-Institut für Systemforschung e.V., Hannover sowie mit den Herren Eriylmaz, Reers, Volmer und Hetrodt Vertreter der Sparkasse Westmünsterland.

Herr Günther stellt zunächst sich und seinen Aufgabenbereich vor und geht auf die Ergebnisse der Fortschreibung der Pestel-Studie für die Gemeinde Rosendahl mittels einer Power-Point-Präsentation ein. Die Power-Point-Präsentation liegt der Niederschrift als **Anlage I** bei.

Ratsmitglied Branse verlässt von 19.59 Uhr bis 20.02 Uhr die Sitzung.

Ratsmitglied Branse regt nach dem ihm persönlich gut gefallenem Vortrag an, dass Wohnmöglichkeiten den Bedürfnissen angepasst werden sollen. Er könne sich aufgrund der guten liquiden Finanzlage der Gemeinde vorstellen, dass auch die Gemeinde Rosendahl als Bauherrin in Erscheinung treten könne. Durch die politischen Gremien der Gemeinde Rosendahl sollen Ziele zum zukünftigen Wohnen definiert werden. Aus dem Vorhandenen solle unter Ausbau der Infrastruktur das Beste gemacht werden. Auch solle über Genossenschaftsmodelle zum Wohnungsbau nachgedacht werden.

Fraktionsvorsitzender Weber nimmt die vermeintlich schwache Einkommenssituation in Rosendahl in den Blick. Es solle nach seiner Meinung insbesondere für ältere sozialschwache Personen Vorsorge getroffen werden.

Herr Günther weist darauf hin, dass die Einkommensstatistik nicht aktuell sei. Zuwanderungen fänden zumeist im Bereich der geringfügig Beschäftigten statt. Eine Nachverdichtung im Gemeindegebiet sehe er als kaum umsetzbar an. Eventuell könne eine Bauverpflichtung für bebaubare Flächen eingeführt werden oder die Nichtbebauung durch Erhebung der sog. Grundsteuer C im Zuge der Grundsteuergesetzänderung sanktioniert werden.

Ratsmitglied Branse teilt mit, dass sozialschwache Personen mit großem Wohneigentum in Überlegungen und Planungen mit einbezogen werden sollen, um finanzielle Abstürze zu vermeiden. Eine Zurverfügungstellung von großem Wohneigentum durch diese Personen könnte in Betracht gezogen werden.

Fraktionsvorsitzender Kreuzfeldt macht deutlich, dass der Wohnungsbau bei keinem neuen Flächenverbrauch vorangetrieben werden müsse. Eventuell solle weiter in die Höhe gebaut werden.

Herr Günther bestätigt, dass es gravierende Unterschiede in der Grundstücksgröße zwischen früher und heute gebe. Auch er spricht sich für die vorrangige Nutzung der innerörtlichen Grundstücke, ohne Neuausweisung von Bauland in großem Umfang an den Ortsrändern, aus

Auch Ratsmitglied Branse wünscht sich eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Grundstücke. Notfalls solle die Bauleitplanung angepasst werden.

Bürgermeister Gottheil bestätigt, dass ein sichtbarer Impuls wohl gesetzt werden solle, da die Thematik schon mehrmals behandelt worden sei. Alternativen seien erarbeitet worden und künftig solle es einen Mix zwischen Neubaugebieten und Innenverdichtung/Nutzung großer Grundstücke geben. Es sei bekannt, dass Liegenschaften für den steigenden Bedarf an Alten- und Tagespflege fehlen. Mittlerweile sei ein Baulückenkataster im Aufbau und insoweit eine erste Auswertung vorgelegt worden. Mit entsprechenden Personen passender Liegenschaften könne entsprechend gesprochen werden.

Ratsmitglied Branse ergänzt, dass über www.TIM-Online.de geschaut werden könne, wo Bauflächen in Rosendahl vorhanden seien. Die Bauleitplanung gehe jeden Bürger etwas an und deshalb möchte er, dass die Öffentlichkeit im Zuge strategischer politischer Beratung gewahrt werde.

Ratsmitglied Deitert geht auf den Mietspiegel für Rosendahl ein. Hiernach werde in gut ausgestatteten Objekten jüngerer Alters eine Miete über 5,75 €/qm entrichtet. Zur Förderung von Wohnungsneubau im Segment des bezahlbaren Wohnens werde eine Miete in Abhängigkeit von den Mietenstufen des Wohngeldgesetzes von 6,00 € bis 9,00 € je m² und Monat veranschlagt. Er möchte wissen, ob ein Qm-Preis von 8,00 € auch in Rosendahl umsetzbar sei.

Herr Günther gehe davon aus, dass mit 8,00 € für Neubauwohnungen bei einer Langfristigkeit ausgekommen werde. Er empfiehlt für Rosendahl einen sozialen Wohnungsbau, auch damit sozialschwachen Personen Wohnraum geboten werden könne.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass die Gemeinde Rosendahl (Verwaltung und Politik) in der jüngeren Vergangenheit Investoren bei der Umsetzung ihrer Vorhaben im Geschosswohnungsbau in den drei Ortsteilen positiv zur Seite gestanden hätte. Diverse Projekte befänden sich in der Umsetzung, es gebe aber bisher keinen sozialen Wohnungsbau. Dies sei auch begründet in der Freiheit der Vermietung bei nicht gebundenem Mietraum. In der nächsten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses solle der soziale Wohnungsbau über einen Vortrag des Vorsitzenden der Wohnbau Westmünsterland eG, Herrn Schramm, thematisiert werden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Bürgermeister Gottheil bedankt sich bei Herrn Günther für seine Ausführungen und verabschiedet sowohl ihn wie auch die Vertreter der Sparkasse Westmünsterland.

**7 Zuleitung des Entwurfes des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2018 der Gemeinde Rosendahl gemäß § 95 GO NRW
Vorlage: IX/750**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/750 und gibt Erläuterungen.

Kämmerin Nürnberg geht auf den Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2018 mittels einer Power-Point-Präsentation ausführlich ein. Die Power-Point-Präsentation liegt der Niederschrift als **Anlage II** bei.

Ratsmitglied Eimers verlässt von 20.55 Uhr bis 20.57 Uhr die Sitzung.

Ratsmitglied Branse spricht sich dafür aus, dass über eine Anpassung der Steuersätze nachgedacht werden solle.

Ratsmitglied Lethmate verlässt von 21.03 Uhr bis 21.05 Uhr die Sitzung.

Kämmerin Nürnberg erläutert weiterhin, dass die über das Programm „Gute Schule 2020“ in Anspruch genommenen Mittel nach Vorgabe des Landes als Kreditverbindlichkeiten ausgewiesen werden müssen.

Bürgermeister Gottheil ergänzt, dass durch die Landesregierung das Programm aufgelegt worden sei, die Gemeinde Rosendahl die Mittel per Kredit bei der NRW-Bank abrufe und das Land NRW sich zur Zahlung der Zins- und Tilgungsleistungen verpflichte. So könne zumindest auf dem Papier eine faktische Ausweitung der Verschuldung des Landes NRW vermieden werden.

Fraktionsvorsitzender Mensing verlässt von 21.05 Uhr bis 21.08 Uhr die Sitzung.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Der in der Sitzung des Rates am 12.09.2019 zugeleitete Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2018 der Gemeinde Rosendahl wird gemäß §§ 59 Abs. 3 und 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
(ohne Fraktionsvorsitzenden Mensing)

**8 Zuleitung des Entwurfes des Gesamtabchlusses 2018 gemäß § 116 GO NRW in Verbindung mit § 96 GO NRW
Vorlage: IX/751**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/751 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss:**

Der in der Sitzung des Rates am 12.09.2019 zugeleitete Gesamtabchluss (sog. Konzernabschluss) für das Haushaltsjahr 2018 wird gemäß § 116 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9 Finanzausgabenbericht für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: IX/752**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/752 und gibt Erläuterungen.

Ratsmitglied Söller geht auf die Erhöhung der Jugendamtsumlage ein.

Hierzu führt Bürgermeister Gottheil aus, dass dem Kreisjugendamt nicht zuletzt durch die Bereiche „Kindertagesbetreuung“ und „Ambulante und stationäre erzieherische Hilfen“ Mittel fehlen und dieser Fehlbetrag durch die Kommunen zu tragen sei.

Auch aufgrund der guten Konjunktur der Kommunen, so Kämmerin Nürnberg, habe der Kreis Coesfeld ein höheres Einnahmepotenzial.

Ratsmitglied Söller möchte wissen, wie die Mehreinnahmen in Höhe von 800.000 € durch den Kreis Coesfeld verwendet werden.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass das Kreisjugendamt ein vielfältiges Aufgabengebiet abdecke und die Überdeckungen des Kreises Coesfeld bei der Jugendamtsumlage möglichst an die betreffenden Kommunen zurückgezahlt werden sollen.

Ratsmitglied Fleige-Völker verlässt von 21.21 Uhr bis 21.24 Uhr die Sitzung.

Fraktionsvorsitzender Kreuzfeldt verlässt von 21.25 Uhr bis 21.27 Uhr die Sitzung.

Für Ratsmitglied Branse sind die genauen Zahlungsverpflichtungen des Kreises Coesfeld nicht nachvollziehbar.

Fraktionsvorsitzender Mensing erläutert, dass eine Konzessionsabgabensteigerung von knapp 10 % vorliege. Er möchte wissen, ob dies gleichzusetzen sei mit einem Mehrverbrauch an Energie.

Kämmerin Nürnberg ergänzt, dass es in den Vorjahren zu Steigerungen beim Bezug von Strom und Gas gekommen sei.

Ratsmitglied Branse verlässt von 21.27 Uhr bis 21.30 Uhr die Sitzung.

Fraktionsvorsitzender Kreuzfeldt regt an, dass aufgrund der Umlage an das Kreisjugendamt überlegt werden könne, ein eigenes Jugendamt einzurichten.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass das Einzelfallrisiko an den Kreis Coesfeld und vertretende Stellen abgegeben werde. Bei einem eigenen Jugendamt müsse jeder Einzelfall durch die Verwaltung selbstständig geregelt werden. Ein eigenes Jugendamt bedeute einen großen Aufwand und Mehrbedarf.

Fraktionsvorsitzender Steindorf ergänzt, dass Kommunen unter 20.000 Einwohner formal gar kein eigenes Jugendamt betreiben dürfen und auch ein Zusammenschluss von mehreren Gemeinden zu einem neu gegründeten Jugendamtsbezirk nicht möglich sei.

Fraktionsvorsitzender Mensing führt aus, dass das Kreisjugendamt Coesfeld in der Vergangenheit bereits vielfältige Aufgaben an andere Träger abgegeben habe. Der Jugendhilfeausschuss zeige bei der Übernahme von Kosten im Sinne einer Zuschussung privatrechtlich organisierter Institutionen nicht genügend Rückgrat.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Finanzzwischenbericht für das Haushaltsjahr 2019 wird zur Kenntnis genommen.

10 Mitteilungen

Mitteilungsbedarf liegt nicht vor.

11 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

Gottheil
Bürgermeister

Marco Heitz
Schriftführer